

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red.: Stadtschl. Dresden.
Red.: Arbeiter, Angestellte
und Beamten, K. G., Dresden.
Geschied. Korbak, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einverständnis des Verlegers, hat der Bezugsnehmer die Besorgung seines Bestandes auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn mit der ständigen Unterhaltungsbeilage (oben, unten, Mitte), außerdem Post und Porto monatlich 2.40 RM., halbjährlich 12.00 RM., Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphisch: Dresden Nr. 1208

Schriftleitung: Wollweberstr. 10, Fernsprecher Nr. 5301. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsdruckerei: Wollweberstr. 10, Fernsprecher Nr. 5301 und 1297. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis, Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte 30 Pf., die 90 mm breite Monatshefte 2.00 RM., für anderwärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 RM. Familienanzeigen, Stellen- und Briefwechsel 40 Pf. Monat. Für Vertriebsleistungen 10 Pf.

Nr. 197

Dresden, Donnerstag den 23. August 1928

39. Jahrg.

Die Unterstützung verlängert

Von 26 auf 39 Wochen

Das Reichskabinett hat am Mittwoch beschlossen, in der Frage der Verbesserung der Krisenunterstützung von einer Zwischenlösung abzusehen und die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen, wie sie der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hat, mit Wirkung vom 17. September an in Kraft zu setzen.

Damit hat die Reichsregierung den dringenden Vorstellungen der Gewerkschaften, des Verwaltungsrats der Arbeitslosenversicherung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Rechnung getragen. Zu beachten ist bei der Neuregelung, daß alle Krisenunterstützungen infolge Erschöpfung der Bezugsdauer von 26 Wochen ausgesetzt werden, nun in den Genuss einer weiteren Bezugsdauer bis zu 39 Wochen kommen.

Es ist nicht recht ersichtlich, warum die Verlängerung der Krisenunterstützung auf 39 Wochen erst am 17. September in Kraft treten soll. Jedenfalls muß der Reichsarbeitsminister, der die entsprechende Verordnung an die Bundesratsmitglieder und die Arbeitsämter ausstellen hat, dafür Sorge tragen, daß die Verlängerung rechtzeitig vorbereitet werden kann. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn die Verordnung, die die Unterstützungsdauer auf 39 Wochen festsetzt, benutzt werden würde, um die gesamte Materie der Krisenunterstützung, die durch ihre Vergrößerung

auf verschiedene Verordnungen und Erlasse recht unübersichtlich geworden ist, zu vereinheitlichen und dadurch die Arbeit für die ausführenden Arbeitsämter erheblich zu erleichtern. Man würde so auch den Arbeitslosen, die ein Anrecht auf die Krisenunterstützung haben, die Möglichkeit geben, sich selbst über das Ausmaß ihres Anspruchs zu orientieren; bei der jetzigen unübersichtlichen und komplizierten Regelung der Materie der Krisenunterstützung ist das für einen Arbeitslosen völlig unmöglich. Gerade die Orientierungsmöglichkeit für jeden einzelnen ist notwendig, damit nicht in kleineren Arbeitsämtern durch die Unwissenheit der Arbeitslosen eine falsche Auslegung der Bestimmungen erfolgt und die Arbeitslosen geschädigt werden.

Durch den Kabinettsbeschluss über die Verlängerung der Höchstdauer ist der sich stark verschlechternden Arbeitsmarktlage keineswegs Rechnung getragen worden. Notwendig ist, daß die Forderung der freien Gewerkschaften auf die Ausgestaltung der Krisenunterstützung

Reichsarbeitslosenfürsorge

bald in Angriff genommen wird. Es muß eine der Hauptaufgaben des im Herbst zusammentretenden Reichstages sein, diese unabwendbare Pflicht des Reiches im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung zu erfüllen. Die Notwendigkeit, ein Bindeglied zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsfürsorge zu schaffen, wie sie die Reichsarbeitslosenfürsorge darstellen soll, ist durch die amtlichen Statistiken zur Genüge erwiesen.

Wann wird geräumt?

Rheinlandverhandlungen in Genf

Am Sonnabend wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann nach Paris abreisen, um an dem feierlichen Akt der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes zur Abklärung des Krieges teilzunehmen. In Frankreich hatte man die Zeitung befürchtet, daß schon bei dieser Gelegenheit der deutsche Außenminister die Rede offiziell auf die Räumung der Rheinlande bringen werde. Aber man hat sich von der Grundlosigkeit dieser Sorge wohl eingesehen, denn die Angelegenheit ist zu wichtig und zu kompliziert, als daß sie sich bei einem der geplanten Festessen zwischen Köpfe und Bier erledigen oder auch nur ansprechen ließe. Viel eher wird Herr Stresemann die Möglichkeit haben, in einer privaten Unterhaltung mit Herrn Poincaré das Thema zu berühren. Aber die eigentliche große Auseinandersetzung wird, wie es die vor wenigen Wochen hinausgegangene deutsche Note angekündigt hat, in Genf während der Tagung des Völkerbundes stattfinden. Dort wird Deutschland versuchen, das Problem in seiner Gesamtheit aufzurollen und festzustellen, ob auf der Gegenseite irgendwelche Konzessionen bestehen, den deutschen Wünschen zu entsprechen, und welche Gegenforderungen sie etwa erheben würde.

In einem Londoner Blatt wurde dieser Tage bereits eine Liste der Gegenleistungen aufgestellt, die man von dem permanenten internationalen Kontrollrat im Rheinland, der Mobilisierung eines erheblichen Teiles der Dawes-Fonds, einem Locarno zwischen Deutschland und Polen, einem ersten Verzicht auf den Anschluß und der Einlösung der von der deutschen Regierung an Belgien abgegebenen Franz. Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesen Formulierungen nicht um Forderungen handelt, die man einseitig nicht abgeben wird, sondern um einige dieser Ansprüche besteht. Zunächst werden Frankreich, England und Belgien wahrscheinlich nach den westlichen Vorschlägen fragen, und wenn die Deutschen versagen, wie das zu erwarten ist, mit den bekannten nach unierer Richtung stehenden Gründen die bedingungslose Räumung begehren. So wird voraussichtlich die Gegenliste ihrer Bedingungen aufstellen.

Wie wir wissen, gibt es insbesondere in Frankreich — wenn wir von den Sozialisten absehen — zwei Auffassungen, über wenn man will, zwei Schulen. Die eine vertritt die Meinung, daß die Gewährung besonderer militärischer Sicherheiten, die andere Sprüche von finanziellen Leistungen und bringt die Rheinlandfrage mit der der Reparationszahlungen und mit der der interalliierten Beziehungen in Zusammenhang.

Da die Sicherheit anlangt, so ist an das vom Völkerbund im Dezember 1926 beschlossene Reglement über die internationale Rüstungskontrolle zu erinnern. Danach soll die Kontrolle seine dauernde sein. Sie darf nur von Fall zu Fall ausgenommen werden und soll vom Rat beschließen und sogenannte Untersuchungskommissionen durchgeföhrt werden, die die Aufgabe haben, den Tatbestand festzustellen.

Ueber die endgültige Räumung 1935 hinaus Kontrollorgane zu schaffen, bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Erst neuerdings wieder hat unser belgischer Parteifreund Vandervelde mit Recht hervorgehoben, daß die Rheinlande in Wirklichkeit kein Land mehr für die Besatzungsmächte darstellen. In Locarno sind andere geschaffen worden, und es ist ein Widerspruch, wenn trotzdem die Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete noch immer mit der Rücksicht auf die Sicherheit Frankreichs und Belgiens begründet wird oder wenn man als Preis für ihre Zurückziehung neue Zugeständnisse auf dem Gebiet der Kontrolle fordert.

Wie sieht es schließlich mit den finanziellen Voraussetzungen aus? Die Auffassung gewisser französischer Politiker läßt sich auf die Formel bringen: Vorweggenommene Zahlungen — vorweggenommene Räumung. Aber die deutschen Zahlungen sind durch den Dawes-Plan bestimmt. Der Dawes-Plan läßt sich nicht durch ein Abkommen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten ändern. Hier hat das gewichtige Wort Amerika zu sprechen, und wenn auf die Möglichkeit einer Mobilisierung der Dawes-Fonds hingewiesen wird, so existiert diese Möglichkeit nur, wenn Amerika bereit und imstande ist, den größten Teil der flüssig zu machenden Millionen auf seinem Anleihemarkt unterzubringen. Diese Geneigtheit besteht zur Zeit nicht; außerdem erkennen die Vereinigten Staaten einen Zusammenhang zwischen Räumung und Reparation nicht an und noch viel weniger einen solchen zwischen der Räumung und der Regelung der interalliierten Schulden.

Auch hier sieht man also einstweilen keinen Ausweg, und wenn man hinzuzügt, daß man jetzt von Deutschland ein Ost-Locarno und den feierlichen Verzicht auf einen Anschluß Österreichs als Preis für die Befreiung der Rheinlande nicht verlangen darf, so ergibt sich, daß die Aussichten der Genfer Verhandlungen fürs erste nicht allzu günstig sind. Sie werden sich nicht bessern, solange man drüben nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß hier nicht ein Geschäft mit Leistungen und Gegenleistungen abzuschließen ist, sondern daß der Verzicht auf die Fortdauer der Besatzung eines der wesentlichsten Erfordernisse für die Schaffung eines wirklichen Friedens in Europa darstellt.

Trotz allem möchte man nicht an eine vollständige Ergebnislosigkeit der Genfer Verhandlungen glauben. Es wird viel von einer Bereitwilligkeit der Gegenseite gesprochen, wenigstens die zweite Zone zu einem früheren als dem vertragsmäßig festgesetzten Zeitpunkt zu räumen. Das wäre natürlich nur eine bescheidene Abschlagszahlung, und man könnte auch sie nur entgegennehmen, wenn sie an keinerlei Bedingungen geknüpft wäre. Sie wäre keine Tat, sie wäre nur eine schöne Geste. Sie wäre immerhin ein kleiner Beweis dafür, daß man sich drüben von der Notwendigkeit überzeugt hat, einem republikanischen Deutschland, das sich an Vereinen seines Friedenswillens von keinem anderen Staat übertreffen läßt, wenigstens ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen. Das größte Hindernis aber für die europäische Verständigung bleibe noch wie vor bestehen.

Hauptprobleme in Brüssel

I. Die Abrüstung

Von Tony Sender

Es ist außerordentlich interessant, sich die alten Protokolle der Internationalen Sozialistenkongresse der Vorkriegszeit noch einmal hervorzuholen, sich von der Lektüre fesseln zu lassen — und dann einen Vergleich anzustellen mit den Verhandlungen, die vor kurzem in Brüssel abgeschlossen wurden. Dann erst wird einem nur die ungeheure Wandlung ganz bewußt, die die Stellung der sozialistischen Parteien in den entscheidenden Ländern inzwischen erfahren hat. Man hört zuweilen zugunsten der Tagungen der Vorkriegszeit anführen, die Debatten seien im Vortage ungeheurer, lebendiger, stürmischer gewesen, die Resolutionen härter von der Theorie durchtränkt. Das mag richtig sein. War man doch in einem Geschichtsabschnitt, in dem fast alle sozialistischen Parteien in ihren Ländern nur den Protest gegen das herrschende Regime darstellten, in der sie erst die Rebellion gegen Rechtslosigkeit und Unterdrückung anmeldeten, ungenüht in der Beschlussfassung, wie man sich ja auch in der gesamten Arbeit innerhalb der Landesorganisation hauptsächlich konzentrierten konnte in dem Aufrufen und Sammeln der Massen zur Hingabe an das große, dem internationalen Sozialismus vorzubehaltende Endziel der Befreiung.

Dann aber kam 1914. Es kam die namenlose Enttäuschung, und all die flammenden Resolutionen zerfielen an der Wand des imperialistischen Imperialismus. Und darum war der Wiederaufbau kein leichter. Welt es doch zunächst erst wieder Vertrauen zu erobern. Ist es ein Wunder, daß man nun vorsichtiger zu Werke ging? Brauch dazu schon bittere Erfahrung einer jüngsten Vergangenheit, so kam hinzu der gewaltige Umsturz der Nachkriegszeit, der der Arbeiterklasse einen stärkeren Einfluß im Staate, eine völlig veränderte Stellung in der Gesellschaft gebracht hatte. Eine neue Aufgabe war den sozialistischen Parteien gestellt: Es war nicht mehr der Protest einer entrechteten Klasse, den sie anmeldeten. Sie sprachen nun im Namen des Proletariats, das dem Bürgertum dicht auf dem Nacken sitzt, im Ringen der Klassen konnte ihnen bald die Regierungsmacht zufallen, sie mußten sich anerkennen, die Wege praktischer Realisierung der von ihnen vor einem halben Jahrhundert bereits aufgestellten Endziele zu betreten. Das mußte sich in der internationalen Widerstandsfront zeigen. Und wer Gelegenheit hatte, den internationalen Tagungen seit Kriegsende regelmäßig zu folgen, der konnte in Brüssel feststellen: Noch auf keiner der bisherigen Zusammenkünfte des Weltproletariats war so erfreulich klar zum Ausdruck gekommen wie dort, daß die Delegierten aller Länder ihre Mitarbeit in dem Bewußtsein leisteten, möglicherweise morgen schon in ihrem Lande gezwungen zu sein, aus ihren Beschlüssen von heute politische Taten werden zu lassen.

Und dieser Wandel ist es, der im tieferen Sinne die jetzigen Kongresse interessanter als die früheren macht. Freilich — der Streit um abstrakte Theorien ist mehr zurückgetreten (bellebe nicht verschanden). Dafür rückte mehr in den Mittelpunkt das Ringen um die tägliche Anwendung unserer Theorie in der praktischen Politik, in der politischen Tagesarbeit. Das macht es auch erklärlich, weshalb das Schwergewicht der Arbeiten nunmehr in die Kommissionen verlegt ist. Wer darum tiefer eindringen will in die Arbeiten der Internationale, der muß teilhaben an der Tätigkeit der wichtigsten Kommissionen. Dort erst zeigt sich, mit welcher ungeheurer Ernst und großer Verantwortungsbewußtheit gearbeitet wurde, ehe es zur Uebereinstimmung kam. Jeder konnte aus der Debatte den erbebenden Gewinn einer Klärung seiner eigenen Gedanken davontragen.

Besonders intensiv war der Gedankenaustausch in der Abrüstungskommission, die ja schon Monate vorher zusammengetreten war und die schwierigen Fragen vorberaten hatte. Das hinderte nicht, daß sich doch einmal zwei völlig entgegengesetzte Thesen zunächst gegenüberstanden: die der unabhängigen Arbeiterpartei Englands, mit der einige andere Delegierte mehr oder weniger sympathisierten, und die im wesentlichen darauf hinstellte, jedes Abrüstungsstreben innerhalb der kapitalistischen Welt als eitel und illusionär zu betrachten und auch im Kampfe gegen den Krieg alles nur vom Siege des Sozialismus zu erwarten.

Sehr interessant war es, wie insbesondere der belgische Genosse de Wouffere dieser These entgegentrat. Auch er weiß, daß eine endgültige Sicherung des Friedens der Menschheit nur durch die sozialistische Befreiung der Welt gewährt werden kann. Dürfen wir aber inzwischen die Arme in den Schoß legen? Soll man darum nicht eine Herabsetzung der Dienstzeit, Verminderung der Rüstungen fordern? Die belgischen Genossen stecken gerade gegenwärtig mitten in einem interessanten Kampfe. Als sie in der Regierung saßen, forderten sie Rüstungseinschränkung und Herabsetzung der Dienstzeit — die Bürgerlichen lehnten ab, und die Sozialisten traten aus dem Kabinett daraufhin aus. Nun aber begannen sie die Massen der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger zu mobilisieren für ihre Forderungen, die Nationalisten ihrerseits setzten mit ihrer chauvinistischen Agitation ein, und nun spielt sich zur Zeit unter ungeheurer Teilnahme der Volksmassen eine gewaltige Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Weltten ab, die dem Sozialismus Gelegenheit gibt, eine starke Volksbewegung zu entfachen und durch diesen